

alle Maßnahmen, Gesetze und Anordnungen, die den Weg zur Überwindung der Spaltung und zur Wiedervereinigung blockieren. Niemand soll sich der Illusion hingeben, daß die gegenwärtige Bundesregierung und ihre Kriegspartei, die CDU/CSU, diese Garantien geben können und werden.

In seiner programmatischen Rede gab Genosse Walter Ulbricht Antwort auf die Frage: **W i e soll das zukünftige einige Deutschland aussehen?** Soll es ein Deutschland sein, in dem das Volk bestimmt, oder sollen in ihm die Multimillionäre und Hitlergeneräle den Ton angeben.

Um demokratische Veränderungen in West-

deutschland zu erreichen, müssen alle die Kräfte in der Bundesrepublik an politischem Einfluß gewinnen, die ein echtes Interesse an der friedlichen Lösung der deutschen Frage haben. (Einen entsprechenden Auszug aus der Rede des Genossen Ulbricht finden unsere Leser in unserer Rubrik „Antwort auf aktuelle Fragen“. Die Red.)

Es ist unerläßlich, daß sich die Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten, daß sich die beiden größten Parteien Deutschlands, trotz vieler Meinungsverschiedenheiten über diese Grundfragen der Nation verständigen.

* * *

In der auf dem 12. Plenum beschlossenen „Stellungnahme des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Meinungsaustausch zwischen SED und SPD“ wird eine solche Grundfrage gestellt. Dort heißt es: „Für eine ehrliche Haltung zu den Fragen des Friedens und des Krieges gibt es heute einen unverrückbaren Maßstab: **Bist Du für oder bist Du gegen den mörderischen Krieg des USA-Imperialismus gegen das um seine Freiheit und Selbstbestimmung ringende vietnamesische Volk!**“ Bekanntlich unterstützen die herrschenden Kreise in Bonn den barbarischen Krieg der USA-Monopole.

Es ist also eine Lebensfrage für den Frieden in Europa — und das brachte das 12. ZK-Plenum unmißverständlich zum Ausdruck —, daß alles getan werden muß, um die Kräfte in Westdeutschland zu einen, sie aktiv werden zu lassen, die sich gegen Atomrüstung und gegen den schmutzigen Krieg in Vietnam aussprechen. Und diese Kräfte haben — nicht zuletzt unter dem Eindruck der nationalen Politik unserer Partei und Regierung — stark zuge-

nommen. Auf dem Plenum führten sowohl Genosse Ulbricht als verschiedene Diskussionsredner eine Reihe von Beispielen an, die zeigen, wie Vertreter der Intelligenz in Westdeutschland erkannt haben, daß der Weg, den die Bonner Regierung und ihre herrschende Partei, die CDU/CSU, zur Versklavung der Menschen in

der „formierten Gesellschaft“ beschreiten, nichts anderes ist, als die Diktatur der Monopole.

Wenn die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften in Westdeutschland der Kriegspolitik der CDU/CSU entgegentreten, wenn es gelingt, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwickeln und sie in den Kampf gegen Atomrüstung, gegen Notstandsgesetze und Aggressionspolitik zu führen, wird es dem staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland, der auf das engste mit dem USA-Imperialismus politisch und wirtschaftlich verflochten ist, unmöglich gemacht werden, einen neuen Eroberungskrieg anzuzetteln.

Die Erfahrungen aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung besagen, daß nur die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen friedliebenden und fortschrittlichen Menschen berufen sein kann, einen imperialistischen Eroberungskrieg zu verhindern. Die Initiative unserer Partei, mit der Arbeiterklasse und der größten Partei Westdeutschlands den Meinungsaustausch über diese Grundfragen zu führen, gehört zu der konstruktiven Friedenspolitik unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates, der durch die Kraft des von Ausbeutung befreiten werktätigen Volkes politisch und ökonomisch stark geworden ist und weiter erstarken wird.

Der Kampf um den Frieden ist also eine Klassenfrage. Die Wurzeln der Kriege im modernen Zeitalter liegen in den Produktionsverhältnissen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sagte Genosse Walter Ulbricht auf dem 12. Plenum. **E s k o m m t**